

Die Arbeiter erscheinen morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus...

Die achtzehnjährigen Kampfbroschüren über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Lage im englischen Bergbau

Der Streik unvermeidlich

London, 21. September. (Neuter.)

Emilie teilte auf der nationalen Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten in London mit, der Vollzugsaus-

Millerand für Verfassungsänderung

Paris, den 22. September.

Eine Abordnung des Senats hatte eine Unterredung mit Millerand über dessen Erklärungen bei Annahme der Kandidatur.

Die Aussichten in Riga Ein Interview mit Domski

Riga, 22. September.

Der Vertreter des „East Service“ hatte eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der polnischen Friedensdelegation, Domski, in welcher dieser ihm erklärte, daß man in den Kreisen der polnischen Delegation mit dem Abschluß des Waffenstillstandes und der Friedenspraktikanten bis spätestens Anfang Oktober rechne.

Für die Unabhängigkeit Ostgaliziens

Stettin, 22. September.

Die bevollmächtigte Delegation des Nationalrates und der Regierung von Ostgalizien hat bei dem Präsidium der Friedens-

Die Arbeitslosendemonstration Eine Erklärung

Zu unseren Anmerkungen über die Haltung der Kommunisten in der Frage der Arbeitslosendemonstration erhalten wir von Brandler und Geselle folgende Erklärung: „Die zuverlässig erscheinenden Kreise“, die Ihnen dies mit-

Konferenz in Riga Verwahrung dagegen eingelegt, daß bei der Bestimmung der Staatsgrenzen zwischen der Ukraine, Rußland und Polen über das Schicksal Ost-Galiziens entschieden werde, ohne die Bevölkerung dieses Gebietes zu hören, welche überwiegend ukrainisch, entschieden die Unabhängigkeit des ostgalizischen Staates verlange.

Wrangels Puppen

Lemberg, den 22. September.

Das ukrainische Pressebüro teilt mit: General Wrangel stellt auf der Arme eine neue Regierung für die Ukraine zusammen. Karlotan, Wochylanski und Gytowicz sind bereits von Paris nach Sebastopol abgereist, um ein Ministerkabinett zu bilden.

Französisch-ukrainische Verhandlungen

Paris, den 22. September.

Der Chef der ukrainischen Militärkommission in Paris, General Zielenki, hatte eine längere Unterredung mit General Beynaud, in deren Verlauf eine Reihe wichtiger ukrainisch-französischer Fragen besprochen wurden.

Das Bentheimer Abkommen

Bentheim, 21. September.

Der Beirat bei der Interalliierten Kommission in Osnabrück auf Grund des Bentheimer Abkommens ist heute gebildet worden. Er besteht aus 6 Polen, 2 Zentrumsv Vertretern, einem Demokraten, 2 Sozialdemokraten und einem Volksparteiler.

Le Rond vor dem Botshafterrat

Paris, 22. September.

Der Botshafterrat hörte General Le Rond, der Erklärungen über die Lage in Oberschlesien gab und verschiedene Bemerkungen hinsichtlich der deutschen Note über die ober-schlesische Frage machte.

Die Folkethingswahlen in Dänemark

Kopenhagen, 21. September.

Die Wahlen für den Folkething, die durch die Einverleibung Nordschleswigs notwendig geworden waren, fanden heute statt. Der bisherige Folkething zählte 4 Abgeordnete der Erwerbepartei, 26 Konserwative, 16 Radikale, 42 Sozialdemokraten und 52 Abgeordnete der gemäßigten Linken (Liberale).

Diese Erklärung kann also nur den Zweck haben, den durch die Zurückziehung der Unterschrift von Geselle entstandenen Eindruck, daß die Kommunisten in der Betriebsrätezentrale sich nachträglich von ihrer Partei zu einer ihren ursprünglichen Anschauungen widersprechenden Haltung haben drängen lassen, zu verwischen.

Ein auffälliges Verfahren

Die „Rote Fahne“ bringt einen „Aufruf der linken U.S.P.“, der von den Genossen Däumig, Roenen, Adolf Hoffmann und Stöcker unterzeichnet ist und ihr zugesandt worden ist. Der Aufruf wendet sich gegen die Verlegung des Parteitag auf den 12. Oktober und enthält die Behauptung, die Mehrheit des Zentralkomitees unserer Partei wolle einen Ueberrumpelungsparteitag.

Die Diktatur der Diktaturgegner

Von Kurt Rosenfeld.

Den Beschluß des Zentralkomitees, den Parteitag zwölf Tage früher stattfinden zu lassen, als ursprünglich beabsichtigt war, bezeichnet Genosse Däumig in einem durch die Parteipresse seiner Richtung gehenden Artikel als Diktatur der Diktaturgegner.

Genosse Däumig nennt den Beschluß des Zentralkomitees eine überaus auffällige Maßnahme. Dabei ist doch wohl jedem Parteigenossen klar, daß die gegenwärtige Situation unserer Partei unhaltbar geworden ist, und daß wichtige Aufgaben der Partei unerfüllt bleiben müssen, weil der Kampf um Anerkennung oder Ablehnung des Moskauer Diktats die Partei völlig lahmlegt.

In der Verlegung des Parteitages sieht Genosse Däumig nichts anderes als den Versuch, mit Hilfe des bürokratischen Parteitag den Anschluß an die dritte Internationale zu verhindern. Mit Verlaub! Zunächst ist im Zentralkomitee niemand, der den Anschluß an die dritte Internationale verhindern will.

Recht hat Genosse Däumig, wenn er fordert, daß der Urwahl eine völlige freie Aufklärung erst vorausgehen muß. Diese Forderung ist doch aber in weitestem Umfange erfüllt. Seit fast einem Jahr beschäftigt sich die Partei mit dem Anschluß an die dritte Internationale. Seit Wochen geht die Diskussion der Parteipresse über die Anschlußbedingungen, Wochen vergehen noch bis zum Zusammentritt des Parteitages.

Wer wie ich die von der kommunistischen Internationale aufgestellten Leitfäden im allgemeinen billigt, die Bedingungen aber teilweise ablehnt, und die Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht der Partei aufrechterhalten will, ist auszuschließen. Auch in den Organisationen, in welchen die Mehrheit für die Annahme der Moskauer Bedingungen ist, sind mehr oder weniger große Minderheiten vorhanden. Sie sind nach dem Gebot der dritten Internationale auszuschließen. Der Vorwurf der Parteilosigkeit trifft also nicht diejenigen, welche aus ihrer Überzeugung keinen Hehl machen und die 21 Bedingungen ganz oder teilweise ablehnen, sondern diejenigen, welche die Bedingungen annehmen, die den Ausschluß großer Massen von Parteimitgliedern bedeuten.

Nach gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß diejenigen, die durch ihr Versagen in Moskau an der Verwirklichung der ursprünglichen für fast alle Parteimitglieder annehmbaren Bedingungen schwere Schuld haben, im letzten Augenblick einlenken werden. Sie haben es noch jetzt in der Hand, die Moskauer Bedingungen so umzugestalten, daß die U. S. P. geschlossen der dritten Internationale zugeführt werden kann. Es sollte ihnen zu denken geben, daß zahlreiche Genossen, die mit ihnen zusammen schon vor dem jetzigen Parteitag und nachher den Anschluß an die 3. Internationale propagierten, in dem Augenblick ihre Reihen verließen, als sie zum ersten Male die Moskauer Bedingungen zu Gesicht bekamen. Sie sollten auch nicht übersehen, daß zahlreiche Genossen, die sich aus den verschiedensten Gründen jetzt mit den Bedingungen abgefunden haben, zu nächst von der Annahme solcher Bedingungen nichts wissen wollten.

Nimmt der Hailerer Parteitag die Moskauer Bedingungen unter der Voraussetzung an, daß die Autonomie der angeschlossenen Parteien aller Länder von der 3. Internationale anerkannt wird, dann, und nur dann kann die Spaltung der U. S. P. vermieden werden, dann und nur dann wird die 3. Internationale die gewaltige, alle revolutionären Sozialisten der Welt umfassende Organisation werden, die imstande ist, das Proletariat der ganzen Welt dem Siege entgegenzuführen.

Die Stellung der Organisationen

Harburg

In einer Mitgliederversammlung sprach Hommes als Referent und Bergmann als Korreferent. Nach einer dreistündigen Debatte, in der Befürworter und Gegner der Bedingungen zum Wort kamen, wurde eine Resolution angenommen, die sich für den unbedingten Anschluß an Moskau ausspricht.

Bitterfeld

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung besprach Genosse Peters (Halle) die Bedingungen im ablehnenden Sinne. Genosse Bowitz (Halle) forderte die unbedingte Annahme der Moskauer Bedingungen. Nach einer regen Diskussion wurde eine dem Genossen Bowitz vorgelegte Resolution für die Bedingungen gegen 16 Stimmen angenommen.

Gotha

Die Gothaer Genossen beschlossen in einer fast besetzten Versammlung gegen vier Stimmen folgende Resolution: Die Versammlung der U. S. P. D. Ortsgruppe Gotha, stellt folgenden Antrag an die Gebietskonferenz: Die Gebietskonferenz betrachtet den Anschluß der U. S. P. D. an die 3. Internationale als lebensnotwendig für die Fortführung der proletarischen Revolution in Deutschland und in der ganzen Welt. Sie beauftragt die Delegierten zum Reichsparteitag in Halle, für den Anschluß an die 3. Internationale einzutreten. Sie erklärt sich mit dem vom 2. Kongreß der 3. Internationale angenommenen Grundgesetz einverstanden, sieht auch in den Bedingungen notwendige Garantien, um aus der U. S. P. D. eine konsequente revolutionäre Kampfpartei zu machen, die nicht nur im Programm, sondern tatsächlich Trägerin des proletarischen Klassenkampfes ist. Eine Resolution Brüll, die die Moskauer Bedingungen verwarf und für eine sozialrevolutionäre 4. Internationale eintrat, wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Gebietsleitung Jena

Die erweiterte Gebietsleitung des Arbeitskreises 7 von Groß-Jähringen hat in Jena zu dem Parteikampf über die Anschlußbedingungen an die dritte Internationale Stellung genommen und mit 10 gegen 11 Stimmen, die die gemachten Vorschläge auf Grund des Charakters der Bedingungen zur Zeit für zwecklos hält, eine Entschließung angenommen, in der es zum Schluß heißt: Auf dem Parteitag in Halle darf unter keinen Umständen die

Entscheidung über die Moskauer Anschlußbedingungen als Tagesfrage ausgetragen werden, weil dies zur gewaltsamen Auseinandersetzung der Partei führen muß. Statt dessen ist dort nochmals eine endgültige Entscheidung über den Anschluß an die dritte Internationale herbeizuführen und bei Zustimmung des Parteitages sofort an die Schaffung einer Organisationskammer der Partei heranzugehen, in der grundsätzliche Forderungen der Anschlußbedingungen auf zentralistische Umstellung der Partei unter Berücksichtigung der besonderen deutschen Verhältnisse hincinzuarbeiten sind. Auf Grund des Organisationskammer ist sofort nach dem Parteitag die notwendige organisatorische Umstellung der Partei durchzuführen und hierauf erneut der Antrag auf Aufnahme in die dritte Internationale beim Exekutivkomitee zu stellen.

Delenitz

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der U. S. P. in Delenitz wurde nach einem Referat des Genossen Budta aus Plauen und längerer Debatte, in der sich alle Redner gegen die Unterwerfung unter die Moskauer Bedingungen wandten, bei einer oder zwei Stimmenhaltungen einstimmig folgende Resolution angenommen:

1. Die Voraussetzung für den Anschluß der U. S. P. D. an die dritte Internationale ist die Verwirklichung der verschiedenen Kampfbedingungen des Proletariats in den verschiedenen Ländern. 2. Die Moskauer Anschlußbedingungen haben diese Voraussetzung für die erfolgreiche Führung des Kampfes entzogen. Die Bedingungen nehmen den angeschlossenen Parteien jedes Selbstbestimmungsrecht. Diese Bedingungen sind deshalb unannehmbar. 3. Die Ortsgruppe Delenitz verlangt, daß die Zentralparteileitung alle erdenklichen Schritte unternimmt, die Zusammenfassung aller revolutionären sozialistischen Parteien der Welt baldmöglichst zu ermöglichen.

Eilenburg

Eilenburg ist der Ort im Kreise Döllitzsch-Bitterfeld, welcher die erste Organisation der U. S. P. D. aufwies. Fast ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft des ganzen Kreises sind in Eilenburg vertreten. In einer fastbesetzten Mitgliederversammlung am Freitag, den 17. S., beleuchtete Genosse Hinzowatz Eilenburg die Bedingungen im ablehnenden Sinne, während Genosse Wendler, und vor allem in der Diskussion Genosse Saune im zustimmenden Sinne referierten. Mit über Dreiviertel-Majorität wurde in später Stunde eine Resolution, welche den Anschluß auch unter den gestellten Bedingungen zur Annahme empfahl, abgelehnt und mit derselben Majorität eine Resolution angenommen, die die Anschlußbedingungen der dritten Internationale ablehnt.

Georgenthal

In Georgenthal wurde in einer Mitgliederversammlung einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die anwesenden Genossen der Ortsgruppe sympathisieren mit den russischen Genossen, verwerfen aber völlig die 21 Punkte und lehnen deswegen den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie an die dritte Internationale ab.

Magdeburg

Nachdem eine äußerst kurz besetzte Generalversammlung der U. S. P. in Magdeburg am 18. September nach Referaten der Genossen Brandes und Sieder einen Mehrheitswillen für den Anschluß an die 3. Internationale gezeigt hat, kam es am Montag nach ausgiebiger Diskussion und nach Schlußworten der Genossen Koenen und Wittmann zur Abstimmung. Dabei erhielt die von den Funktionären vorgelegte Resolution für nochmalige Verhandlungen mit Moskau und den anderen sozialrevolutionären Parteien aller Länder nur eine Minderheit. — Es wurde dann mit großer Mehrheit folgende Resolution für den Anschluß angenommen: Die Magdeburger Parteimitgliedschaft der U. S. P. erklärt sich erneut für den unbedingten direkten Anschluß der Partei an die 3. Internationale. Sie erkennt die auf dem 2. Moskauer Weltkongreß aufgestellten politischen Leitsätze als ihre ureigensten Anschauungen über den notwendigen Fortgang der sozialen Revolution aller sozialistischen Länder an. Die formellen Aufnahmebedingungen sind deshalb keine Hemmnisse, sondern eine Förderung unserer Bestrebungen zum Aufbau unserer Partei zur führenden Kampforganisation des deutschen Proletariats. Die danach für deutsche Verhältnisse notwendigen und möglichen Organisationsmaßnahmen schnellstens zu beschließen, ist die vornehmste Aufgabe des Parteitages, von dem die Magdeburger Parteifunktionäre den Beitritt zur 3. kommunistischen Internationale erwarten.

Zwidau

Die U. S. P. der Ortsgruppe Zwidau hat am 18. September die Bedingungen einstimmig abgelehnt.

Hof

Die U. S. P. in Hof hat in einer von etwa 300 Mitgliedern besuchten Versammlung die Moskauer Bedingungen mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Landesvorstand der U. S. P. Bayerns

Der erweiterte Landesvorstand der Partei trat am 17. September zu einer Sitzung zusammen. Zur Frage der Internationalen gab der Landesvorstand mit 8 gegen 2 Stimmen die folgende Meinung zum Ausdruck:

Der Landesvorstand der U. S. P. Bayerns hat sich in seiner Sitzung vom 17. September 1920 mit der Frage des Anschlusses an die dritte Internationale beschäftigt. Er ist nach eingehender Beratung zu der Auffassung gelangt, daß die vom 2. Kongreß der dritten Internationale beschlossenen Anschlußbedingungen für eine deutsche proletarische Massenpartei nicht die geeignete Grundlage bilden, um innerhalb der internationalen Organisation aktivitätsfähig zu bleiben.

Der Landesvorstand lehnt es ab, den Bedingungen zuzustimmen, nur, um aber die Schwierigkeiten der Situation hinwegzulenken, da eine solche Entscheidung nichts anderes als ein Kompromiß darstellen würde. Er ist der Meinung, daß die Bildung einer aktivitätsfähigen Internationale nicht Sache von Kongreßbeschlüssen, sondern nur das Ergebnis des revolutionären Prozesses in den arbeitenden Massen aller kapitalistischen Länder sein kann.

Der Landesvorstand erwartet vom kommenden Parteitag eine klare, unweidige Stellungnahme zu allen Fragen, die vom 2. Kongreß der dritten Internationale aufgeworfen worden sind. Er sieht darin den einzigen Weg, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die einheitliche Richtung zu geben, die im Interesse der sozialen Revolution in deutschem und internationalem Sinne liegt.

Kreis-Konferenz des Niederschlesischen Industriegebiets

In einer in Wittwer abgehaltenen Kreis-Konferenz wurde folgende Resolution gegen 1 Stimme angenommen:

Die heute hier tagende kombinierte Kreis-Konferenz der Kreise Waldenburg, Freiburg, Gottesberg, Girsberg, Landesgut und deren Ortsgruppen-Delegierte, treten für den unbedingten Anschluß an die 3. Internationale ein und halten die Bedingungen für unbedingt notwendig, um erstmalig das deutsche Proletariat vor Situationen ähnlich der von 1914 zu bewahren, und zweitens habendredend für die Weltrevolution zu sein, damit es als Fachtäger des Sozialismus wirken kann.

Aus den Berliner Parteioptionen

12. Distrikt (Prenzlauer Tor-Bezirk)

Der 12. Distrikt beschäftigte sich in zwei Generalversammlungen mit den Anschlußbedingungen an die 3. Internationale. In der ersten Versammlung sprach Genosse Emil Barth als Referent für Ablehnung der Bedingungen, Genosse Einkeim als Korreferent für Annahme derselben. Am Dienstagabend fand in der zweiten Versammlung die ausgiebige Debatte statt, in der abwechselnd ein Gegner und ein Anhänger der Bedingungen zum Wort kamen. Da Einkeim weder selbst erschienen war noch an seiner Stelle ein Vertreter, gab die Versammlung dem Genossen Niederkirchner Gelegenheit, das Schlußwort des Korreferenten zu übernehmen. Es lag eine Resolution vor, welche einen internationalen Zusammenschluß unter Einbeziehung der russischen kommunistischen Partei verlangte, sich aber gegen die Bedingungen aussprach. Zwei andere Resolutionen verlangten den unbedingten Anschluß an die 3. Internationale. Die Abstimmung ergab 228 Befürworter des unbedingten Anschlusses und 202 Gegner der Bedingungen. Die Wahlen zum Parteitag sollen nach dem Verhältniswahlsystem durch Urwahl vorgenommen werden.

Ortsgruppe Köpenick

Eine am Dienstag, den 21. S., im großen Saale des Stadtheaters tagende äußerst kurz besetzte Mitgliederversammlung stimmte nach dem Referat Käter, der sich für Ablehnung erklärte, dem Korreferent G. monts und nach einer sehr angeregten Debatte mit allen gegen etwa 10 Stimmen folgender Resolution zu: Die Mitglieder der Ortsgruppe Köpenick, welche bei allen proletarischen Aktionen freilich in vorderster Linie des revolutionären Klassenkampfes gelaufen, geloben auch weiterhin für die Befreiung des Proletariats ihr Alles einzusetzen. — Um aber ein Weiterstreben der sozialen Weltrevolution zu ermöglichen, und ein Verschmelzen derselben anzubahnen, fordern sie vom Parteitag die Annahme der Bedingungen und somit den Anschluß an die 3. Internationale.

Bezirk Wittenau-Vorflughafen

Am Freitag, den 17. September, fand in den Vorflughafen Hof eine gut besetzte kombinierte Mitgliederversammlung statt. Zu dem Thema: Anschluß an die dritte Internationale, sprachen die Genossen Rosenfeld für und Nikolai gegen die Anschlußbedingungen. Nach kurzer, sachlicher Diskussion, worin sämtliche Redner sich für den Anschluß aussprachen, wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen: Von der Überzeugung durchdrungen, daß der Sieg der Weltrevolution nur unter den von Moskau gestellten 21 Punkten erreicht werden kann, billigt die anwesendliche gut besetzte Mitgliederversammlung der U. S. P. Wittenau-Vorflughafen den Anschluß an die dritte Internationale.

Lazarett und „Heldenverehrung“

Die Not der Kriegsrümpel

In den Wäldern der Umgegend Berlins treibt die nationalitätlich verheerete Jugend der höheren Schulen ihr kriegerisches Unwesen. Schleichpartouillen, Horchposten, Sturmzüge, Durchgehewe — alles das kehrt förmlich nach einem neuen Krieg. Und allen Oberleitern, Studenten, und sonstigen Heldenbrüsten schlägt das Herz höher angefüllt dieser blühendwärtigen Kriegsspieler, die sich überall breit macht. Noch leben wir in der freizügigen Welt von Not und Elend, von blühiger Verdamnis durch den Krieg, und schon hebt ihr seine Flugwirdigkeit vergessen! Seid Ihr so kurz von Sinnen oder habt Ihr ihm noch nicht genug ins Angesicht geschaut? Man sollte eine öffentliche Wallfahrt in die Lazarett veranlassen, wo allein in Deutschland noch 49 000 Schwerverwundete als grauenvoll verarmte Heulen, die als „Helden“ durch das „Stahlbad des Krieges“ gingen. Allein in Berlin leben noch etwa 2500 Unglückliche, die fern von ihrem Haus und ihrer Familie in völliger körperlicher Zerrüttung und Deformierung dahinvegetieren und sich kaum noch unter Menschen wagen. Manche von ihnen sah Frau und Kind in Ohnmacht fallen, als sie ihn, den Mann und Vater, das „Ebenbild Gottes“, das gesund und heil in den Krieg zog, als eine entsetzenerregende Mißgestalt wiedersehen. Die Phantasie kann es sich kaum ausmalen, welche namenlos elenden Körperlichen Reste hinter den bergenden Mauern der Lazarett heute ihr kümmerliches Dasein fristen. Würde man sie hinausziehen lassen, auf Straßen und Plätze, als häßliche Wundertiere der „großen Zeit“, wahrlich der Kriegsrümpel, wie ihn Leonardo Brant in seinem Buche „Der Mensch ist gar“ geschildert hat, würde vor dieser brutalen Wirklichkeit verblühen.

Aber man erspart wohlweislich der Öffentlichkeit diesen Anblick, und es gibt sogar Leute, die, wenn sie sich überhaupt noch an die Lazarett erinnern, meinen, darinnen sitzen saule und branene Patienten oder Simulanten, die von behaglicher Konvaleszenz ins lästige Leben zurückzuführen keine Lust verspüren. Ganz im Gegenteil! Sie drängen alleamt hinaus, trotz der Mangelhaftigkeit, wie sie sich und ihre Angehörigen ernähren sollen. Es ist eine Schmach, daß man die Opfer des Weltkrieges unverehrt dahinschieben läßt. Sie kehrt erhalten hier in Berlin 3,40 Mk. pro Tag, in kleineren Orten noch weniger, und die kinderreichen Familien werden mit einem Monatsgeld von 50—70 Mark abgepeißt. Ehedem nannte man sie „Helden“, wenn man sie wie

das Vieh an die Schlachtbank trieb, aber wenn sie tot waren, verscharrte man ihren Kadaver im Massengrab oder überließ sie den Wölfen zum Fraß, und wenn sie als Krüppel nicht wieder in den Schoß der Familie oder an die Arbeitsstätte zurückkehren und sich unter Menschen nicht leben lassen konnten, dann hielt man sie als lästiges Gewimmel bei langer Keit und schlechter Kleidung im Spital, statt ihnen den Rest des Lebens einigermaßen zu erleichtern und sie über den eigenen Jammer nach Möglichkeit hinwegzuleiten. Kein Augenfeinder kümmert sich mehr um sie — während in den Dörfen und Bars, den Luxusdörfern und Badeorten gepöhl und vergendet wird.

Die Lazarettinsassen verlangen nicht Mitleid, sondern in erster Reihe Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen. Erhöhung des Taschengeldes auf 8 Mark pro Tag und den Fortfall der Ortsklassen. Sie verlangen weiter eine Beschäftigungshilfe für verheiratete Mannschaften von 1250 Mark und unverheiratete 1000 Mark. Ferner den sofortigen Umstoß unbrauchbarer Kleidungsstücke und Lieferung von Kleidung. In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium erklärten sie, daß ihre Kleidung in einer Verfassung ist, daß sie sich schämen, sich darin in der Öffentlichkeit sehen zu lassen. Aber die Öffentlichkeit sollte es gerade sehen, wie der Dank des Vaterlandes aussieht denen gegenüber, die immer wieder von heroischer Willkürfüllung hören mußten. Ebenso wie die Forderung der Erhöhung der Gehälter rechtfertigt ist, wäre es auch Pflicht, eine Lazarettvertretung der Kriegsbeschädigten (die ihre Interessen korporativ im Reichsbund und im Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten vertreten sehen), durch selbstgewählte Kommissionen zu genehmigen. Die Lazarettinsassen beschwerten sich, daß verschiedene Dienststellen, Krankenanstalten und andere Instanzen der zivilen Fürsorge es ablehnen, zu verhandeln und Auskunft zu geben, weil die gewählten Organisationsvertreter keine behördlich anerkannte Kommission seien. Die Lazarettinsassen verlangen Rechte, keine Almosen.

Es ist begreiflich, daß bei diesen Kriegsverstümmelten, die innerlich verzerrter und äußerlich entstellte, seit drei, fünf und sechs Jahren durch das teuerrige Lazarettleben zermürbt sind, die größte Reizbarkeit besteht. Haben sie doch oft schon 10, 20 und 30 schwere Operationen durchmachen müssen und sind am Sprechen, Sehen, Gehen, Essen, Trinken und allen anderen Funktionen außerst gehemmt. Viele von ihnen ein fast unerträgliches Bild des Grauens. Einer Aufforderung folgend sahen wir dieser Tage in den abgelegenen Lazarettien menschliche Trümmer mit wegge-

rissenen Kiefern, abgerissenen Armen und Beinen, leeren Augenhöhlen, den Kopf zu einer geschloßenen Masse zerfallen, die mit Flüssigkeiten überwachsen ist, die aus Bauch und Beinen der Beschädigten entnommen sind, Kafen und Lippen, die völlig fehlen oder zu Rüssen und Wülsten künstlich angewachsen sind. Vor diesem Abgrund tiefsten menschlichen Jammers, dieser Fleischwerdung des Höllenbreughalls, muß die tollste Phantasie menschlicher Beunruhigung die Waffen strecken.

Ihr Heidet, befristet und beehrt die Reichswehr. Da habt Ihr eure Soldaten. Wollt Ihr Euch nicht der himmelschreienden Duster und Märtyrer Currs Krieges erinnern und eure Schuldigkeit tun? Sie sind still verborgen, aber ihr namenloses Elend hängt mit lauter Stimme an und muß auch die Stumpfeiten, die Gleichgültigsten und Vergesslichsten aufschrecken. Geht durch das Fegfeuer der Lazarett, und Ihr werdet Dantes Hölle erleben. Beschließt nicht den Blick vor den unseligen Entstellten, die Ihr in die Nordgrube der Schächten geworfen habt. E. B.

Der Naturforscher- und Vereinstag hat in Bad Nauheim gestern vor etwa 2000 Anwesenden begonnen. Die wissenschaftliche Bedeutung des Kongresses wird verdeutlicht durch die bei den unspendendsten Gelegenheiten hervortretenden Beschimpfungen mancher Redner gegen die Revolution und Republik, wobei sich besonders auch der bekannte monarchiegeheilte Professor Max Gruber hervorhat, der Tausende von Volksgenossen ruhig verhungern lassen wollte, und nun über die Ernährungsfrage des deutschen Volkes sprach. Er setzte sich besonders eifrig für die Erhaltung der großen Güter ein, empfiehlt äußerste Bescheidenheit im Verzehr der Nahrungsmittelmengen und wesentliche Einschränkung des Begehrens nach Fleisch. Ueber neue Wege der Lebensmittelerzeugung sprach Professor Paul Münder, über Stoffwechsel-Probleme, die auch eine eingehende wirtschaftspolitische Behandlung erfordern, sprach außer Prof. Max Rudner-Berlin noch die Professoren Bösch, Ludwigshafen und Ehrenberg-Göttingen. Die Verhandlungen des Kongresses werden fortgesetzt.

Wasserhelden im Theater. Auch in Dresden ist es bei der Aufführung von Diebesjucht gegen den Mädchenhandel geordnet, durchaus künstlerischen und in Berlin wie in anderen Orten erfolgreich ausgeführten Tragödie „Kleine Sitten“ zu Zwischenfällen gekommen. Im Flora-Theater drang ein Haufe sogenannter Jugendring-Lente, die anscheinend mit Messer und Schlagring für die nationale Reinheit der Kunst

Der Konflikt in der tschechischen Sozialdemokratie

Nachdem wir in unserer Montagabend-Ausgabe die Ausführungen eines führenden tschechischen Genossen wiedergegeben, lassen wir nun den Bericht unseres Prager Korrespondenten folgen, der genauesten Einblick in den Verlauf der tschechischen Parteifrisse gestattet.

Schneller als es jemand gedacht, ist die tschechoslowakische sozialdemokratische Partei in einen außerordentlich heftigen Bruderkampf verwickelt worden, der in seinen Begleiterscheinungen an die schmerzhaftesten deutschen Revolutionskämpfe erinnert.

Beranlassung zu diesem Konflikt ist der Beschluß der Parteivertreter vom 14. September, in dem erklärt wurde, daß alle jene, die sich zur kommunistischen Richtung bekennen, nicht mehr Platz hätten innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Alle Mitglieder der Partei haben sich sofort in schärfster Weise gegen diese Annäherung an die Rechte gewendet, die ihre Überlegenheit im Parteivorstand zu einem derart weitgehenden Beschluß ansetzte. Ebenso verurteilten die Konferenz alle Mitglieder der Partei, die als sozialdemokratische Programm gegenüber den Kommunisten zu verteidigen. Wenn nun schon diese Beschlüsse dahin interpretiert wurden, daß sie sich nur gegen die ausgesprochenen Kommunisten, keineswegs gegen die Linke ergaben, so daß nicht übersehen werden, daß die Linke als solche rüchelten, so darf nicht übersehen werden, daß die Linke heute noch in einer zu engen Gemeinschaft mit den Kommunisten steht, als daß dieses Vorgehen des Parteivorstandes von ihr nicht wie eine Kriegserklärung empfunden wurde.

Einem Staatsrecht ähnlich aber sah der weitere Beschluß der Parteikonferenz, den Parteitag, der schon bis in alle Details vorbereitet ist und vom 26. bis 28. September tagen sollte, um drei Monate zu verschieben. Als Grund wurde angegeben, daß der Kongreß über die Frage der III. Internationale entscheiden solle, daß viele Delegierte mit gebundenem Mandate kämen, während bei ihrer Wahl die Eintrittsbedingungen noch nicht bekannt gewesen seien, so daß nun erst innerhalb der Parteisektionen eine ausgiebige Diskussion stattfinden müsse.

Wegen des Beschluß macht sich allenthalben eine heftige Opposition der tschechischen Parteigruppen bemerkbar. In Prag traten die Vertrauensleute der Parteien zu einer Sitzung zusammen und beschlossen dort, der Parteitag müsse unter allen Umständen am vorgesehenen Termin stattfinden. Der Forderung nach Abhaltung des Parteitages hat sich unterdessen die Arbeiterschaft von Großbrünn angegeschlossen, ebenso die Spezialkomitees der drei großen mittelböhmischen Gauen I, II und XIV. Die Zentralauschüsse der Frauen und der Jugendlichen fordern ebenfalls die Delegierten auf, am 26. September nach Prag zu kommen. Auf der anderen Seite hat wieder die Arbeiterschaft der beiden großen Industrieregionen Pilsen und Mährisch-Bräu erklärt, daß sie hinter den rechtmäßigen Beschlüssen der alten Exekutive stehen.

Unterdessen hat aber der Kampf in Prag schärfere Formen angenommen. Im Parteiblatt „Pravo Lidu“ bildete sich ein Betriebsrat, der das Verfügungsrecht über das Blatt an sich rief, mit der Verpflichtung, es nach dem Parteitag der Exekutive erhaltungsmäßig zu übergeben. Gleichzeitig wurde der selben aus Rußland zurückgekehrte Schriftsteller Ivan Albracht zum Leiter über das Blatt ernannt, als dessen Leiter vom Betriebsrat der bisherige Redakteur Staats bestimmt wurde. Der Parteivorstand beschloß daraufhin, das Blatt in einer anderen Druckerei herstellen zu lassen. Am 18. September erschienen demgemäß zwei „Pravo Lidu“, wobei das in der Parteidruckerei hergestellte mit dem Beinamen „Altes Pravo Lidu“ erscheint. Im neuen Blatt erklärt das Exekutivkomitee, daß es Mittelwegs gefunden sei, dem Fehler zu weichen, und alle gesetzlichen Mittel anzuwenden werde, um der Partei ihr Eigentum zu sichern. Gleichzeitig wird auf der Verkleinerung des Parteitages beharrt. Der am 26. stattfindende Kongreß werde in keiner Weise für die Gesamtpartei bindend sein, und das Exekutivkomitee warnt vor der Verkleinerung dieses „Zerkünderes“.

Im alten Blatt wird ein Artikel veröffentlicht, der mit warmen Worten für die Aufrechterhaltung der Einheit der Partei eintritt. Im weiteren werden die Aufgaben des Parteitages besprochen. Die Streitfrage um die Beteiligung an der Regierung sei durch den Austritt der Linke erledigt. Man müsse an die Realisierung der großen Aufgaben des Sozialismus gehen, für die der Staat völlig reif sei. In erster Linie müsse die Einleitung des Kriegsendes, wenigstens der größten Industriebetriebe, der Großbanken und der Millionenkriegsgewinne sowie die Annäherung der Kriegsschulden vorgenommen werden. In Anbetracht der finanziellen Lage des Staates müsse dies ohne Entschädigung erfolgen. Die mittleren Eigentümer seien von vornherein zu versichern, daß ihr Eigentum nicht betroffen würde. Falls man ein solches Programm der Volksabstimmung unterbreiten würde,

arbeiten wollen, im dritten Akt zur Bühne vor, verlangte Abbruch der Vorstellung und veranfaßte eine blutige Schlägerei im Publikum. In solchen Jugendring-Mannschaften kann sich die „deutsche Kunst“ gratulieren.

Volksbühne C. B. (Verenigte Freie u. Neue Freie Volksbühnen.) Am Freitag, 24. Sept., abends 7 Uhr, finden nach der Verschmelzung von Freier und Neuer Freier Volksbühnen die ersten Mittelglieder-Vorstellungen des Vereins Volksbühne statt. In welchen Lokalen sich die Angehörigen der verschiedenen Abteilungen versammeln, ist aus der Anzeige ersichtlich.

Vom Staatlichen Schauspielhaus wurde, wie die Intendanz bei einem Rückblick auf die vorige Spielzeit mitteilt, am meisten Schicksals-Coripollan (2 mal) dargestellt, dann folgt Othello (16 mal), Goethes Egmont brachte es nur auf 3 mal, Stella 2 mal, Minna von Barnhelm dagegen 11 mal, Nathan 10 mal, Räuber 14 mal, Maria Stuart (neu einstudiert) 25 mal, Brand von Meßkau 6 mal, Wilhelm Tell (neu einstudiert) 25 mal, Jaspers Geistesfischer 14 mal, Peer Gynt 21 mal. Im ganzen wurde gespielt: Schiller 83 mal, Goethe nur 5 mal, Lessing 21 mal, Schiller 41 mal, Hebel 11 mal, Ibsen 45 mal. Neue Werke treten dahinter an Zahl und Bedeutung sehr zurück.

Vom Schauspielhaus fanden in Berlin und Umgebung (Hennrich, Stegitz, Panke, Hinterfeld) insgesamt 61 Volksvorstellungen klassischer und moderner Werke zu einem mit den Organisationen vereinbarten Einheitspreis statt.

Im Lessing-Theater geht am Montag, den 27. d. Mts., in Abänderung des Spielplans, anstelle von „Peer Gynt“ Heinrich Lautensack's Schauspiel „Das Gelübde“ in Szene.

Interessenverband der jungen Künstler. Unter diesem Namen haben sich mehrere Künstlergruppen zusammengeschlossen und bezeichnen es als ihre Aufgabe, die Interessen der jungen Künstler im deutschen Reich zu vertreten. Der Verband hat Abteilungen für Dichtung, Malerei und Plastik, Schauspiel, Musik und Film angegliedert. Für die Allgemeinheit der Berliner Arbeiterschaft und Volkskassen sind Vorstellungen geplant. Das Bureau des Verbandes befindet sich Berlin W. 30, Eisenacher Str. 28.

Die Große Berliner Kunstausstellung im Landesausstellungsgebäude am Reichert Bahnhof wird am 3. Oktober d. J. geschlossen.

Anders Jörn hat sein ganzes Vermögen dem schwedischen Staat vermacht. Sein Nachlass in Wertpapieren wird in ein Jörn-Rufesum verwandelt.

werde es 80%, aller Stimmen auf sich vereinigen. Was die Frage der Internationale anbetrifft, so sei sie zwar noch nicht geklärt, doch trete eben deswegen der Parteitag zusammen, um die richtigen Fragen zu lösen und bindende Beschlüsse zu fassen.

So steht heute Links und Rechts mit aller Schärfe gegenüber. Doch der mit so brutaler Gewalt zutage getretene Konflikt des Interesses der Proletariate legendarisch nahe wird, glaubt wohl niemand. Seine Folge wird auf alle Fälle eine Schwächung der bisher bewundernswürdigen Machtposition der Arbeiterschaft sein. Im Interesse der historischen Wahrheit muß aber festgestellt werden, daß die Schuld für die so unglücklichen Ereignisse die Parteirechte, in erster Linie die abtretenden Minister trifft, die durch ihr Ausweichen vor der linken Entscheidung des Parteitages die ganze Erregung innerhalb der Arbeiterschaft heranzugeworfen haben. Sie, die sonst immer so gern auf die Demokratie schwören, hätten hier doppelt und dreifach die Pflicht gehabt, ruhig auf ihren Posten zu verharren und den Entschluß der obersten Instanz, des Parteitages, abzuwarten. Dann hätte man eine kluge Situation gehabt, die Widerheit hätte sich der Mehrheit zu fügen gehabt oder — hätte gehen müssen. Alledies wäre mit unvergleichlich größerer Ruhe und ohne diese bitteren Begleiterscheinungen vor sich gegangen, wie sie nun eingetreten sind. Durch den Verlust seiner Diktatur hat der Parteivorstand die Massen der Parteimitglieder aufgerüttelt, und das, was er vielleicht in der besten Absicht tat, rächt sich nun bitter und wird sich rächen nicht nur an der Partei, sondern an der Arbeiterschaft dieses Staates.

Prag, 21. September.
In der heutigen Sitzung der Vertretung der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde beschlossen, den Parteikongreß Ende November d. J. abzuhalten und keine kommunistischen Delegierten zuzulassen. Kongreßdelegierte kann nur derjenige werden, der sich schriftlich verpflichtet, nicht Anhänger der 3. Internationale zu sein.

Prag, 22. September.
Gestern trafen die Vertrauensmänner der Rechts- und Linkssozialisten zu Einigungsverhandlungen zusammen. Wie in einer riesigen Manifestationsversammlung mitgeteilt wurde, haben die Linken den Versuch gemacht, die Einheit der Partei zu erhalten und den Antrag gestellt, den Parteitag an dem ursprünglich festgesetzten Zeitpunkt abzuhalten, aber die Entscheidung über den Anschluß an die dritte Internationale erst einen Monat später einem Plebiszit aller Sozialdemokraten zu überlassen. Wenn man bedenkt, daß 80 Prozent der gewählten Delegierten der sogenannten Linken angehören, so bedeutet dieser Antrag gewiß eine ernste Friedensbereitschaft. Der Antrag sollte alle anderen Kompromißanträge wurden von der Parteileitung der Rechten abgelehnt, so daß der offene Kampf zu erwarten ist.

Zum 70. Geburtstag Fritz Kunerts

Genosse Fritz Kunert schreibt uns:

In der Morgennummer der „Freiheit“ vom 16. September hat die Redaktion aus Anlaß der 70. Weibkehr meines Geburtstages freundlich meiner gedacht, wie auch viele Kampfgesährten der alten, mittleren und jungen Generation.

Die Glückwünsche erhielt ich sehr verspätet auf der kleinen, jetzt völlig einsamen Ostsee-Insel Hiddensee, die ich auf kräftigen Rat angefaßt habe, weshalb ich erst heute ein Dankeswort sagen kann. Mein Dank soll darin bestehen, daß ich auf dem Wege, den ich betrete — ohne Rücksicht auf Genuß oder Mißgunst der Menschen — fortgehe bis zum Ende. Noch wie vor bleibe ich der gleiche.

Ich will dazu zu meinem Teile beitragen, unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Kampfmittel des neuzeitlichen Proletariats, die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse, die Revolutionierung der Arbeiter der Welt, die grundsätzliche und volle Verwirklichung der Weltanschauung des Sozialismus — losse es, was es koste — durchzuführen, in der unerschütterlichen Zuversicht auf den kommenden Sieg der geeinten roten Internationale.“

Hiddensee, den 21. September 1920.
Fritz Kunert.

Das neue preußische Wahlgesetz

Der preußischen Sonderversammlung wird Ende dieser Woche das neue Wahlgesetz zugehen. Es schließt sich eng an das Reichswahlgesetz an. Der einzige Unterschied gegen das Reichswahlgesetz besteht in der Einteilung der Kreise, die wesentlich kleiner sind und dadurch eine intensivere Fühlung zwischen Abgeordneten und Wählern gestatten. Statt auf 60 000 kommt auf 40 000 Wähler ein Abgeordneter. Da in Preußen — es sind auch Reichspräsidenten wahlberechtigt, sofern sie in Preußen ihren Wohnsitz haben — mit 24 Millionen Wählern gerechnet wird, sind mithin bei 100% Wahlbeteiligung 600 Abgeordnete zu wählen. Da aber normal die Wahlbeteiligung 80%, nicht übersteigen dürfte, wird die Zahl der jetzigen Abgeordneten (400) kaum übertreten werden. Der Wahltag wird dem Staatsministerium nach Einberechnung mit den Fraktionen der Landesversammlung festgesetzt. Spätestens 80 Tage nach der Auflösung der Landesversammlung muß der neue Landtag zusammengetreten. Die übrigen Bestimmungen über die Wahl des Landtags, Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses für die Zwischengänge bleiben der Verfassung vorbehalten, die demnach noch vor den Neuwahlen verabschiedet werden muß.

Das Wahlgesetz trifft dessen Bestimmungen über die Wahlbehandlung, die Ausübung des Wahlrechtes und die Ermittlung der Wahlergebnisse und nimmt sich auch hier das Reichswahlgesetz zum Vorbild. Die Kosten der Wahlen trägt an sich Preußen, die Gemeinden haben 1/4, der ihnen erwachsenden Kosten auf ihre Pfaffen zu übernehmen, 1/3, erlegt der Staat. Bestimmungen über Ertrag der Wahlpropaganda für die Parteien enthält der Entwurf nicht. Falls das Parlament Mittel für diese Zwecke bewilligen will, müßten sie in den Etat eingestellt werden, vertragen sich aber nicht mit dem Sparanknüpfungsprinzip, das augenblicklich im Finanzministerium die Oberhand hat.

Die Vorlage sieht 74 Wahlkreise, 19 Verbandswahlkreise und eine Generallandesliste vor. Die Wahlkreise sind den Wahlkreisen gegeben und die Verbandswahlkreise über die Reichskreise auf diesen auf die Landesliste. Einzelkreise genau wie bei den Reichswahlen. Die Zahl der Abgeordneten in jedem Kreise kann 4 bis 7 betragen, auf 40 000 Stimmen einer Liste entfällt ein Abgeordneter.

Die Wahlkreise sind: Groß-Berlin (7), Prenzlau, Potsdam, Frankfurt-Oder, Kottbus, Eranford, Stettin, Köslin, Königsberg, Nord, Königsberg-West (mit Teile von Westpreußen), Gumbinnen, Allenstein, Grenzmark (Schneidemühl), Oels, Schweidnitz, Waldenburg, Grotz, Bielefeld-Oppeln, Kattow, Westfalen, Kattow, Emsal, Magdeburg, Halberstadt, Bitterfeld, Halle, Naumburg, Erfurt, Jena, Weimar, Kitz, Altona, Lüneburg, Osnabrück, Hannover, Göttingen, Hildesheim, Stade, Hildesheim, Meiningen, Weimar, Göttingen, Kassel, Hannover, Göttingen, Weimar, Frankfurt-Main, Wesel, Duisburg, Aachen, Düsseldorf, Essen, Elberfeld-Barmen, Solingen, Köln, Gummersbach, Bonn, Koblenz, Trier, Aachen, Eifel, Saarland.

Die Verbandswahlkreise sind: Groß-Berlin, Brandenburg, Pommern und Grenzmark, Ostpreußen, Niederschlesien I und II, Oberschlesien, Magdeburg, Merseburg-Grat, Schleswig-Holstein, Hannover I und II, Rumpf-Winden, Romsberg, Osnabrück, Rheinland I bis IV.

Die „Freie Welt“ auf der Anklagebank

Ein Reinfall des Herrn Weismann

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I in Weimar fand Dienstag, wie wir schon kurz berichtet haben, der Prozeß gegen Genossen Felix Stößinger als verantwortlichen Redakteur der „Freien Welt“ statt. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Die „Freie Welt“ hatte im Dezember 1919 ein Bild veröffentlicht, das die handrechtliche Erschießung zweier Matrosen in Weissenhof darstellte. An der Gerechtigkeit des Bildes konnte nicht gezweifelt werden, da während der Märzempfe die Rotlegarde eine wahre Jagd auf alles, was Matrosenblut trug, veranstaltete und zahllose unschuldige Menschenleben zur Strecke gebracht hatte. Gestützt auf den bekannten Völkisch-Befehl, tunkte die Soldateska alles nieder, was ihr parteilich erschien. Wie weit die Rotlegarde dieser Befehle glich, war der Redaktion aus der Tatsache bekannt, daß zahlreiche Hinrichtungen photographisch aufgenommen worden sind. Bilder von Hinrichtungen handrechtlich Erschossen, brauchte Opfer der Weissen Schreien, sind oft photographiert worden. Zahlreiche Bilder dieser Art gingen nicht nur der „Freien Welt“ zu, sogar im Berliner Straßenhandel wurden noch heute Photographien handrechtlicher Opfer, die in ihrem Blute liegen, verkauft. Nach der Veröffentlichung in der „Freien Welt“ stellte sich heraus, daß das Bild gefälscht, von Soldaten gestellt worden war. Daraufhin fiel die ganze rechtssozialistische und die bürgerliche Presse während über die „Freie Welt“ und die „Freiheit“ her. Dieselben Blätter, die solange die Veröffentlichungen der „Freiheit“ über ungehörige Grenzverletzungen hatten, hatten plötzlich eine Platte von Blum, um sie über die Veröffentlichung des Bildes zu entlasten. Besonders der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ stellten den Fall immer so dar, als ob es sich um eine von unserer Partei veranlaßte Fälschung handeln würde. In zahlreichen Angriffen wurde Genosse Stößinger als gewissensloser Fälscher gebrandmarkt. Die Verhandlung vor der Strafkammer brachte nun eine glänzende Rechtfertigung des Genossen Stößinger und einen lächerlichen Beweis für die Sorglosigkeit, mit der auch in diesem Falle bei der Veröffentlichung verfahren worden ist. So mußte denn die Anklage, die Stößinger beabsichtigte, „verheißene Tatsachen wissen und, daß sie erdichtet waren, verbreitet zu haben, um Staatsverrichtungen verächtlich zu machen“, vollständig zusammenfallen und zum Freispruch von Stößinger führen.

Zu Beginn der Verhandlung legte der Angeklagte einen Stoß Photographien von Hinrichtungen aus den verschiedensten Ländern auf den Richterisch, als Beweis dafür, daß Hinrichtungen wiederholt photographiert worden sind. Die Beweisnahme ergab, daß Stößinger alles Erdäufliche getan hatte, um das Bild auf seine Richtigkeit hin zu prüfen. — Der Photograph des Bildes, Junge Millers, bestätigte, daß es sich um eine von ihm aufgenommene Schergangaufnahme handelte, von der sämtliche Abzüge in die Hände des Soldaten gekommen waren, die sie dann in die Öffentlichkeit brachten. Im Kirasow-Krankenhaus hatte ein Soldat die Karte herangezogen und sich sogar der Teilnahme an der Hinrichtung gerahmt. Das Bild wurde dann in unser Parteibureau gebracht. Genosse Stößinger als Soldatenrat der 60. (Kartennachrichten) bewachte sich, den Fall aufzuklären. Die Nachforschungen ergaben, daß die dargestellten Matrosen bekannt waren. In der Gerechtigkeit des Bildes zweifelte in der Volksmarine Division niemand, da damals 800 Mann vermisst waren. Stößinger übergab das Bild darauf der Freiheit zur Veröffentlichung. Junge Emil Kabis hat das Bild von zahlreichen Sachkennern prüfen lassen. Alle haben es für echt gehalten. Daraufhin wurde es in der „Freien Welt“ veröffentlicht.

Junge Gustav Schmidt, Berufsphotograph, war während des Krieges militärisch kommandiert zum Photographieren von Hinrichtungen im Felde. Er hat alle 14 Tage Aufnahmen zu machen gehabt. Die deutschen Offiziere drängten sich dabei lachend und rauchend in die Nähe der Hinrichtenden, um mit auf die Platte zu kommen. Auf Grund seiner jahrelangen Praxis als Hinrichtungsphotograph würde er noch heute das Bild für echt halten.

Das Gericht lehnte die Verteidigung von Kabis und Stößinger ab, da sie im Falle der Verurteilung des Angeklagten als Mitschuldige in Frage kämen. Der Staatsanwalt versuchte in seinem Plädoyer die umfangreichen Vorwürfe gegen den Angeklagten dadurch zu entwerfen, daß er sich an Parteifreunde gewendet habe (er sollte wohl in Völkisch gehen? Die Red.). Hieran versuchte er angebliche Widersprüche der Jünglingsfragen zu konstruieren mit der durchsichtigen Absicht, das Parteibureau in der Schilderung als evtl. Bildbeteiler hinzustellen. Die Veröffentlichungen des Bildes in der „Freiheit“ hätte ein Funken für das Pulverfaß sein können, daher beantragte er die Höchststrafe, nämlich 1000 M. oder 1 Tag Gefängnis für je 15 M.

Genosse Rechtsanwalt Weinberg legte in seinem Plädoyer die juristische Unmöglichkeit der Anklage bloß. Der Angeklagte hat journalistisch mühselige Vorarbeit bewiesen. Genosse Stößinger wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß er nicht nur vor, sondern auch nach der Veröffentlichung des Bildes alle Mittel der journalistischen Moral erfüllt habe, ohne daß jemand eine Berichtigung verlangt hätte, sei es weit über die Grenzen des Pressegesetzes von ihm durchgeführt worden. Das Bild konnte nicht als Fälschung in das Vaterland fallen, denn gegenüber den Gräueln der Marsohtruppe, die den Matrosen die Rechte durchschneidern wollte, sei der von ihm veröffentlichte Fall harmlos gewesen. Den Funken hätte er im Pulverfaß geschleudert, wenn er größere Gewalt erdichtet hätte, etwa daß Kabis und seine Soldaten die geschlachteten Matrosen nach Randalart verpeist hätten. Was das Strafmaß betrifft, so möchte er nur festhalten, daß gegen ihn 1000 M. beantragt werden, wegen der Veröffentlichung eines Bildes, das zwei Matrosen darstellte, die noch am Leben sind. Oberleutnant Kabis hingegen habe für die Erschießung von 30 Matrosen nur 60 M. Geldstrafe erhalten.

Das Gericht kam nach kurzer Beratung zur Freisprechung des Angeklagten. Die Kosten werden der Staatskasse aufgelegt.

Die unsozialen Zwangsmietsverträge

F. Q. So mancher Mieter wird es bei den seit langer Zeit herrschenden außerst schlechten Wohnungsverhältnissen am eigenen Leibe empfinden können, wie ihm sein unsozialer Zwangsmietsvertrag bei in fast allen wesentlichen Teilen mit dem Mietsrecht des D. R. G. in Widerspruch steht und den er zu besseren Zeiten seinem Hauswirt teils in Unkenntnis, teils in Reichlichkeit seinem Hauswirt untergeordnet hat. Ich erlaube an dieser Stelle nur kurz an die Schwere der Lage in der Reparaturfrage vor Erlass der Höchstmieten-Anordnung vom 9. Dezember v. J., wie auch an den Widerstand, den der Hausbesitzer auf Grund der Verträge noch heute den sich jetzt in fast allen Häusern bildenden Mieterräten — damit sind nicht die Barwasserstände gemeint — entgegenbringt. Der damit Vertraute wird wissen, wie oft die Hauswirte anhand dieser Zwangsverträge von den Gerichten bis schärfsten „unsozialen Verfügungen“ erwidert.

Aber auch die Mietvertragsunter stellen sich täglich als Beschäfer dieser Verträge bloß. Noch heute, nach Erlass der Höchstmieten-Anordnung, lauten die Entscheidungen immer: Mieter hat zu zahlen unter — Aufrechterhaltung der sonstigen vertraglichen Bestimmungen. Ich frage nun, warum ist nun bisher kein Mieter, kein organisierter Mietervertreter entstanden, der erklärt, daß er allen vertraglichen Bestimmungen, weil sie gegen die guten Sitten verstoßen und weil sie den Mieter rechtlos machen, nicht mehr anerkennt und daß das alte Vertragsverhältnis nunmehr abgefaßt ist, er einen Vertrag verlange, der mit dem Mietsrecht des D. R. G. vereinbar wie auch zeitgemäß ist.

Es ist zu erwarten, daß nunmehr nach Beendigung des Mietsverhältnisses jeder Mieter zum Einigungsamt läuft und sich dort einen Vertrag holt, der ihm viel Sorgen und Unannehmlichkeiten erspart. Speziell von der Mieterorganisation wird erwartet, daß sich diese den Gedanken zu eigen macht und bahnbrechend in dieser Beziehung wirkt. Und auch dem Wohlfahrtsminister muß von dieser Stelle aus gesagt werden, daß ihm seine Höchstmietenanordnung wesentlich leichter ge-

